

Perspektive

Zeitung des Zentralvereins der Wiener LehrerInnen

Pragmatisieren:

Lohnt sich' s

Pragmatisierung:

- Arbeitsplatzgarantie
- Krankenstand
- Pension/Abfertigung

noch?

Ein Vergleich

Das Schlagwort „Pragmatisierungsstopp“ dient seit Jahren als Rute im Fenster der Lehrerinnen und Lehrer unseres Landes. Dabei reißen sich PolitikerInnen aus unterschiedlichsten Lagern abwechselnd um die Maske des Krampus. Die Interessensvertretungen treten ebenso lang vehement gegen diese Strömungen auf. Wo liegen denn die Vor- und Nachteile des Daseins als VertragslehrerIn oder pragmatisierte(r) Lehrer(in)?

Arbeitsplatzgarantie

Mit der Überreichung des Ernennungsdekretes wird die Lehrerin in ein öffentlich – rechtliches Dienstverhältnis übernommen. Damit ist der Arbeitsplatz bis zur Pensionierung gesichert. Eine Kündigung gibt es

Fortsetzung Seite 2



Foto: Otrawitz

lediglich nach einem Disziplinarverfahren oder zweimaliger negativer Leistungsbeurteilung. Bei VertragslehrerInnen dagegen ist eine Kündigung jederzeit möglich (§ 32 VBG).

Beim Gehalt ergibt sich bei der Überstellung in das öffentlich – rechtliche Dienstverhältnis ein geringfügiger Nettoverlust.

Krankenstand

Große Vorteile gegenüber VertragslehrerInnen finden sich im Bereich der Krankenstandsregelung. Während es bei Pragmatisierten „nur“ zu Gehaltskür-

zungen kommt, droht VertragslehrerInnen ab einem bestimmten Zeitpunkt die Einstellung der Bezüge.

Pension - Abfertigung

Seit 1.1.2005 gibt es die Parallelrechnung nach ASVG und APG wie bei VertragslehrerInnen bei gleichzeitigem Verlust der Abfertigung. Da wir von bis zum Zwölfwachen des Monatsbezuges sprechen, kann das in Zeiten wie diesen schon als Argument tauglich sein.

A. Homberg

	Pragmatisch
Kündigung	Nur nach Disziplinarverfahren oder 2maliger negativer Leistungsfeststellung
Disziplinarrecht	Disziplinarverfahren
Abfertigung	6 Monate nach Eheschließung 6 Monate bei Geburt § 26 GG
Versetzung	Per Bescheid (Berufung möglich)
Krankenkasse	BVA 20% Selbstbehalt
Krankenstand	Nach 183 Tagen Gehaltskürzung um 20 %
	Vertraglich
Kündigung	Jederzeit, schriftlich (§ 32 VBG)
Disziplinarrecht	Arbeitsgerichtsverfahren
Abfertigung	6 Monate nach Eheschließung 6 Monate bei Geburt Bei Pensionierung § 84 und 92c VBG
Versetzung	Per schriftlicher Mitteilung (keine Berufung)
Krankenkasse	WGKK Kein Selbstbehalt
Krankenstand	Volles Gehalt - halbes Gehalt ab 91 Tagen – Einstellung des Gehaltes nach weiteren 91 Tagen (Details § 24 VBG)

Pragmatisierung für Landeslehrer wird ausgesetzt

Handlungsspielraum beim Personaleinsatz muss gewährleistet sein

Bregenz (VLK) - Auf Grund des Schülerrückganges und des damit verbundenen geringeren Lehrbedarfes in der Zukunft hat sich das Land Vorarlberg entschlossen, die Pragmatisierung von Landeslehrerinnen und -lehrern vorläufig auf ein Jahr auszusetzen.

Schulfeste Stellen nicht mehr zeitgemäß

Pragmatisierte Lehrpersonen können um „schulfeste Stellen“ ansuchen und sind damit ihr gesamtes Berufsleben nicht mehr versetzbar. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Der zu erwartende Schüler- und damit verbundene Klassenrückgang sowie die Tatsache, dass in den nächsten Jahren wenig Pensionierungen zu erwarten sind, könnten dazu führen, dass Lehrerversetzungen und Neueinstellungen kaum mehr möglich wären. „Das engt unseren Handlungsspielraum ein und könnte in Zukunft ein Nachteil für unsere Schüler sein“, betont Landesrat Stemer.

Vorarlberg setzt Pragmatisierung aus

Die Personalvertretung wurde darüber ausführlich informiert. „Der Lehrer muss zum Schüler, nicht umgekehrt“, stellt Schullandesrat Siegi Stemer klar, „daher müssen wir uns Handlungsspielräume für den Einsatz von Lehrpersonen offen halten.“

Handlungsspielräume offen halten

Die Pragmatisierung von Landeslehrerinnen und -lehrern beruht auf einem Bundesgesetz. Der Bund hat in seinem Bereich einen Pragmatisierungsstopp erlassen.

Vorläufig sind 80 bis 100 Lehrerinnen und -lehrer vom Pragmatisierungsstopp betroffen. In einem Jahr wird mit der Personalvertretung die weitere Vorgangsweise beraten.

sh. dazu S.19

Liebe LeserInnen der *PERSPEKTIVE*!

Zuerst einmal herzlichen Dank für die vielen positiven Rückmeldungen bezüglich unseres neuen Erscheinungsbildes. Die Papier- und Druckqualität hat sich ja wirklich wesentlich gebessert, am Layout und an der besseren Lesbarkeit unseres Produktes wird weiterhin ständig gearbeitet.

Unsere AutorInnen waren wieder höchst produktiv, deshalb können wir auch in dieser Ausgabe zum Jahreswechsel 2005/06 eine breite Palette an Themen anbieten. Die meisten unserer MitarbeiterInnen sind im aktiven Schuldienst tätig - da ist es eine besondere Leistung, sich in der kargen Freizeit auch noch dem Journalismus und der Bildungspolitik zu verschreiben. DANKE für euer Engagement!

Robert Ehrgang
für die Redaktion
der ZV-Zeitung *PERSPEKTIVE*

LeserInnenbriefe sind immer erwünscht!
Unsere Adresse: Rauhensteingasse 5,
1010 Wien, E-Mail: perspektive.zv@gmx.at

Impressum & Offenlegung

Chefredaktion
Robert Ehrgang
Redaktionelle MitarbeiterInnen
Bernhard Thiel, Bernhard Schimek, Alexander Homberg

Die Redaktion behält es sich vor, eingereichte Texte weiter zu bearbeiten und ggf. zu kürzen.

Blattlinie: Die Perspektive informiert über bildungspolitische Ereignisse und neueste Forschungsergebnisse im pädagogischen Bereich. Die Redaktionsarbeit ist journalistisch unabhängig. Herausgeber ist der Zentralverein der Wiener LehrerInnen.

Anzeigen
Christine Zeller
Layout & Design
Bernhard Schimek
Verlag und Herausgeber
ZENTRALVEREIN DER WIENER LEHRERINNEN
RAUHENSTEINGASSE 5, 1010 WIEN
Tel. 81 30 811 Fax. 81 30 961
E-Mail: zv@spoe.at bzw. perspektive.zv@gmx.at
Druck
HOLZHAUSEN
Jahresabo
Euro 0,00 (für Mitglieder)
Euro 5,00 (für Nichtmitglieder)



Reginas Vorwort

von Regina Grubich-Müller
Bezirksschulinspektorin für den 2.1B
Vorsitzende d.Zentralvereins der Wiener LehrerInnen

Arbeitstagung in Illmitz: Gemeinsamkeit, Solidarität, Freundschaft!

Auch heuer tagte der ZV traditioneller Weise wieder disloziert. Und auch heuer schneite es traditioneller Weise wieder – selbst im burgenländischen Seewinkel!

Ziel der Arbeitstagung war es in den seit dem Vorjahr eingerichteten Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen „Mitgliederwerbung und -betreuung“ sowie „Bildungsmanagement“ möglichst weit zu kommen. Zudem arbeitete eine dritte AG an PR-Materialien, die unterstützend zur Beantwortung der Frage „Wofür steht der ZV?“ beitragen können sollen.

Bis auf wenige Plenarsequenzen – eine setzte sich mit der (Un)Sinnigkeit des Schulpaketes 2 auseinander- wurde praktisch konsequent von Donnerstag Nachmittag bis Samstag Früh ausschließlich an den 3 Themenbereichen gearbeitet. Der Samstag Vormittag diente zur Präsentation und Koordination der Inhalte, die zwar unterschiedlichste Zugänge haben, aber dennoch sehr miteinander verwoben sind. Nicht nur für mich erstaunlich sondern wirklich beeindruckend war dann die Zusammenschau: Trotzdem wir die Themen völlig getrennt voneinander angegangen und bearbeitet hatten, fügten sich die Ergebnisse wie Puzzlesteine zu einem großen Ganzen. Doch nicht nur die Einigkeit der Arbeitsgruppen zwischeneninander auch die inhaltliche Stringenz, der Ideenreichtum und die Umsetzungsmöglichkeiten in unsere Vereinsleben waren überwältigend.

Ich möchte mich daher zum einen an dieser Stelle bei all jenen ZVlerInnen, die durch ihr Engagement zu einem großartigen Erfolg der Tagung beigetragen haben, herzlich bedanken und zum anderen alle ZV-Mitglieder ein bisschen neugierig auf die Details der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen machen: sie werden in den Leitungssitzungen ab Jänner ausführlich präsentiert und diskutiert werden.

Meinen diesmaligen Beitrag möchte ich mit Begriffen enden, die den Geist aus Illmitz und die Grundhaltung des Zentralvereins widerspiegeln: Gemeinsamkeit, Solidarität, Freundschaft!

Eure Regina

Vorhaben des Bildungsministeriums näher beleuchtet:

Vier Arbeitspakete für 2006

Bundesministerin Gehrler kündigte am 20. April 2005 im Rahmen einer Pressekonferenz 8 große Arbeitspakete für die österreichische Schule an. Daraus wurden bislang zwei Schulpakete geschnürt, die auch bereits beschlossen worden sind.

Vier Arbeitspakete sind bislang noch offen geblieben. Es ist zu erwarten, dass künftige Gesetzesinitiativen der Regierung diese Arbeitspakete in Angriff nehmen werden. Die derzeit noch völlig internen Planungen für ein Schulpaket 3 im Ministerium lassen sich damit vorhersehen.

Die im Folgenden abgedruckten Textstellen sind wörtliche Zitate der Presseunterlagen vom Bildungsministerium.

rm



Foto: ÖVP Pressedienst

Neues Bundesmitarbeiterdienstrecht

Staatssekretär Dr. Finz arbeitet derzeit mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst am neuen Bundesmitarbeiterdienstrecht, welches eine Neuverteilung des aktiven Lebenseinkommens vorsieht. Im Zuge dieser Ausarbeitungen werden auch die verschiedenen Laufbahnmodelle mit den Vertreterinnen und Vertretern der Lehrerschaft besprochen und umgesetzt werden. Teilbereiche von leistungsbezogenen Abteilungen wurden bereits verzogen, z.B. 70 • zur Abgeltung der individuellen Förderung durch Klassenvorstände.

Kommentar ZV: Umfassende Änderungen stehen dem gesamten Beamtenstand bevor. Äußerst beunruhigend, dass diese Diskussionen darüber von den betroffenen LehrerInnen nicht verfolgt und mitdiskutiert werden können. Weder Regierung noch ÖVP-dominante Gewerkschaft geben wirklich Auskünfte. Aus Sicht des ZV wäre eine öffentliche breite Diskussion dringend notwendig – unter Einbeziehung der Betroffenen. siehe a. S.2;19

Mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortung für Schulen

In der Folge sollen Maßnahmen für weitergehende Autonomie beschlossen werden. Dazu gehören die Erweiterung der Schulsprengel sowie die personelle und finanzielle Autonomie, der Abbau der Zentralregelung für Klassen- und Gruppengrößen und die Stärkung der Schulpartnerschaft, moderne Vereinbarungskultur.

Kommentar ZV: Auch die beste Regelung und die progressivste Autonomie kann nicht wettmachen, dass Österreichs Schulen kaputtgekürzt werden. Ein Abbau von Zentralregelungen für Schülerzahlen kann leicht zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen zu Lasten der Schüler führen.

Schule und Unterricht systematisch verbessern

Für das Jahr 2006 ist eine Schwerpunktsetzung im Handlungsbe- reich vorgesehen. Von den schulführenden Sektionen ist in einem um- fassenden Bericht darzulegen, welche Fortschritte im Bereich der Eva- luierung des Unterrichts, des individuellen Qualitätsfeedback, der Schul- bilanz, des Schulprogramms und des Schulqualitätsberichtes bereits gemacht wurden. Diese Bereiche sind als Schwerpunkt in die Weiter- bildungsangebote aufzunehmen. Für den Vorschlag, überregionale In- spektorate einzurichten, wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Bereits im Schuljahr 2005/06 gibt es dazu Pilotprojekte. Eine Weiterentwick- lung des gesamten Schulaufsichtsbereiches muss gründlich geplant werden und kann in einer neuen Legislaturperiode folgen.

Kommentar ZV: Auch internationale Verglei- che zeigen an, dass sich die klassische Rolle der Schulinspektion verändern wird. Eine breite Diskussion wird in nächster Zeit zu erwarten sein.

Gütesiegel: Klasse: Zukunft

Um die Möglichkeit von Veränderungen, die Sinnhaftigkeit von Wei- tereinwicklungen und viele initiative Fortschritte an Österreichs Schu- len aufzuzeigen, soll ein Gütesiegel „klasse:zukunft“ jenen Schulen ver- liehen werden, welche bereits zukunftsweisend in den einzelnen Hand- lungsbereichen Schritte gesetzt haben. klasse:zukunft-Schulen lassen sich alle drei Jahre von externen Evaluatoren im Rahmen einer umfas- senden Qualitätsinspektion prüfen. Im Erfolgsfall erhalten sie das Qua- litätszertifikat.

Kommentar ZV: Die Idee eines Gütesiegels ist weder neu noch originell. Diesbezügliche Möglichkeiten hätte es schon längst gegeben – sei es beispielsweise heraus- genommen für die „Informatikhauptschulen“ oder für „Gesundheitsfördernde Schulen“. Aber der Wille des Bildungsministeriums war immer, dass es nichts kosten dürfe. So ist auch der gesamte Prozess des Schul- programms peinlich gestoppt worden.

Peinlich: BMBWK zahlt TIMSS 2007 nur für Volksschule

TIMSS (Trends in International Mathematics and Science Study) ist neben PISA die wichtigste internationale Studie über Schülerleistungen.

Österreich glänzte in den letzten Jahren durch Abwesenheit. TIMSS er- hebt im 4-Jahres-Rhyth- mus die Mathematik- und Naturwissen- schaftslösungen und findet 2007 bereits zum vierten Mal statt. Zuvor gab es in folgenden Jah- ren eine Studie:

- 1995 mit Beteiligung Österreichs (10-, 14- und 18-Jährige)
 - 1999 ohne Beteiligung Österreichs
 - 2003 ohne Beteiligung Österreichs
- 2007 ist Österreich wie- der beteiligt – aber: Die

Erhebung in Österreich findet allerdings nur in der 4. Schulstufe statt. Aus Deutschland weiß man, dass diese Alters- gruppe die besten Er- gebnisse bringen wird.

Die besonders wichtige 8. und 12.Schulstufe wird nicht untersucht. Bildungsforschung fin- det in Österreich weiter- hin nur als werbewirksame Absichtserklärung statt. „Kaum werden Er- gebnisse unangenehmer, wird nicht mehr ge- forscht.“, kommentiert Rupert Corazza.

rm



„Fehlentscheidung!“

Großer Erfolg bei Buchpräsentation



Am 15. Dezember fand die Präsentation des zweiten Bandes der Pädagogischen Reihe statt. In den Räumen des Parlaments, unter Beisein von Nationalratsabgeordnete Christine Lapp und Erwin Niederwieser. Der Saal war gesteckt voll. Ein großer Erfolg und uneingeschränkt positives Echo wurde den Autoren gegeben.

Im ORF wurde über diese Veranstaltung in der Sendung „Hohes Haus“ umfassend berichtet. Dabei wurde klargestellt, dass es sich bei der „Inklusiven Pädagogik“ nicht um ein Modell handelt, das parteipolitisch geprägt ist. Wenngleich festgestellt werden muss, dass sich um die Anliegen der Integration besonders die SPÖ und die GRÜNEN bemühen, ist Inklusion kein Gegensatz für die ÖVP.

Foto links:

NAbg Erwin Niederwieser und Christine Lapp studieren im neuen Standardwerk zur „Inklusion“

Foto rechts:

Christine Lapp fordert bessere Bedingungen für Integration in Ö



Nationalratsabgeordnete Christine Lapp: SPÖ fordert gesetzliche Verankerung der Inklusiven Bildung



„Gleiche Rahmenbedingungen für Integration in ganz Österreich schaffen“

Die SPÖ will einen flächendeckenden Ausbau der Integration, gleiche Rahmenbedingungen in allen Bundesländern, Integration auch ab der 8. Schulstufe und schließlich die gesetzliche Verankerung der Inklusiven Bildung, erklärte SPÖ-Behindertensprecherin

Christine Lapp Donnerstag bei einer Pressekonferenz im Vorfeld der SPÖ-Enquete „Inklusive Pädagogik“.

Gemeinsam mit Rainer Grubich, Koordinator der Projektgruppe „Inklusive Pädagogik“ und drei SchülerInnen der Lerngemeinschaft Friedrichsplatz erläuterte Lapp die Vorteile der Inklusiven Pädagogik. An der Regierung übte die

über Integration in der Bildung zu verlieren.

Der Unterschied zur Integration in der Schule - bei der die Mehrheit eine Minderheit integriert, es aber dennoch eine Segregation gibt - sei, dass in der Inklusiven Pädagogik auf die Vielfältigkeit aller Kinder in der Gemeinschaft eingegangen wird.

Anderssein werde nicht als Mangel gesehen, der beseitigt werden muss, sondern als Kompetenz und Bereicherung. „Alle Kinder einer Region besuchen die Schule, die sie besuchen würden, wenn sie 'Regelkinder' wären.“

Eine innere Differenzierung findet in Lerngruppen statt“, so Grubich. Die SchülerInnen berichteten, dass sie in ihrer Lerngemeinschaft einen Wochenplan erar-

beiten, der auf ihre speziellen Bedürfnisse zugeschnitten ist.

„Die Inklusion ist der zukunftsweisende Gedanke, dem man sich Schritt für Schritt nähern muss“, so Lapp, die betonte, dass einige Vorleistungen zu erbringen seien: Gleiche Rahmenbedingungen für Integration in ganz Österreich seien eine Bedingung, denn es könne nicht angehen, dass Integration in jedem Bundesland anders gehandhabt wird. Lapp fordert die Regierung dringend auf, „Levels festzulegen“. Außerdem dürfe die Integration nicht mit der 8. Schulstufe enden. Die Position der ÖVP, Integration nur in den polytechnischen Lehrgängen zu verankern, lehnt die SPÖ ab.

Grubich fordert von der Regierung „Schulinnovationen statt Schulpakete“. Die Maßnahmen, die Bildungsministerin Gehrler gesetzt hat, seien „Heftpflasterchen, die Gehrler einem Schwerverletzten mit inneren Verletzungen aufs Aug' drücken will“.

Bei der SPÖ-Klub-Enquete wird das Buch „Inklusive Pädagogik. Beiträge zu einem anderen Verständnis von Integration“, herausgegeben u.a. von Rainer Grubich (edition innsalz) präsentiert.

SK (OTS)

„Keine Angst vor Inklusion. Inklusion ist nicht Integration mit beschränkten Mitteln. Ganz im Gegenteil. Inklusion benötigt bedarfsgerechte (meistens mehr) Zuteilung von Lehrerstunden. Und eine positive Einstellung der Beteiligten, Integration umfassend zu denken. Daher wird (leider) noch so mancher inklusiver Anspruch vor allzu rascher Umsetzung ohne geeignete Voraussetzungen geschützt werden müssen.“

rm



Bildungsstandards für Englisch – Bildungsstandards für Europa?

von Martha Hafner &
Ursula Huber

Wie in vielen europäischen Ländern wird auch in Österreich derzeit an der Umsetzung von Bildungsstandards für Englisch gearbeitet. Die Bildungsstandards für Englisch legen fest, welche Kompetenzen SchülerInnen der 8. Schulstufe in den Bereichen Hören, Lesen, Sprechen und Schreiben nachhaltig erworben haben sollen. Weiters sind die Bildungsstandards für Englisch Unterstützung für die Planung von Unterricht und sollen somit das pädagogische Handeln der LehrerInnen optimieren. Die Auseinandersetzung mit den Bildungsstandards soll die Professionalität der LehrerInnen steigern und letztendlich die Qualität von Unterricht weiter entwickeln.

Pilotphase II

Die vom bm:bwk herausgegebenen Bildungsstandards für Englisch werden zur Zeit an ausgesuchten AHS/ KMS/ HS in ganz Österreich in der Pilotphase II evaluiert. Das heißt, dass LehrerInnen an diesen Schu-

len eigens für die Bildungsstandards Englisch konzipierten Aufgabenbeispielen in Klassen der 8. Schulstufe erproben. Auf Grund von den Rückmeldungen

der 8. Schulstufe ein Katalog von Aufgabenbeispielen zur Konkretisierung von Bildungsstandards allen LehrerInnen zur Verfügung stehen.

**AG Sprachen, Europa und
Interkulturalität - Koordination:**
Uschi Huber & Marion Serdaroglu
Anregungen bitte an:
zv-agsprachen@gmx.net

Viele Fragen offen

Im derzeitigen Entwicklungs- und Erprobungsstadium sind zahlreiche Fragen offen; die Suche nach einvernehmlichen Antworten wird ein mühsamer Prozess sein.

der LehrerInnen in den Pilotschulen und nach Überarbeitung der Aufgabensammlung wird für den Unterrichtsgegenstand Englisch auf

der 8. Schulstufe ein Katalog von Aufgabenbeispielen zur Konkretisierung von Bildungsstandards allen LehrerInnen zur Verfügung stehen.

Wozu Bildungsstandards?

- Werden Transparenz und Objektivität erhöht oder wird „Teaching to the test“ angestrebt?
- Werden die Daten zur Qualitätsverbesserung des Unterrichts herangezogen oder als Ranking der Schulen?
- Lässt sich die Sprachkompetenz in der multilingualen Gesellschaft damit messen oder soll die Motivation der Lernenden angesprochen werden?
- Wie weit können sie europaweite Berechtigungen für SchulabgängerInnen sein oder werden sie zur Zuteilung von Ressourcen für „erfolgreiche“ Schulen herangezogen?
- Sind sie wichtig für die Selbsteinschätzung der SchülerInnen und für die Eigenevaluation des Unterrichts oder vernachlässigt der ausschließliche Blick auf Ergebnisse die wichtige Prozessdimension des Unterrichts?

Fortbildungsveranstaltung am PI-Wien:

*Muttersprachen-
lehrerInnen im
Spannungsfeld:
Schule – Eltern
– Kinder
Donnerstag,
16. 2. 2006*

Infotipps Bildungs- standards

Interessierte LehrerInnen können unter www.gemeinsamlernen.at/index2.asp die Aufgabenbeispiele finden.

Veranstaltungen zum Thema „Bildungsstandards“ können am PI der Stadt Wien www.pi-wien.at unter Veranstaltungen/Englisch inskribiert werden.

Mag. Martha Hafner arbeitet als Aufgabenstellerin für die Pflichtschulabteilung des SSR für Wien in der österreichweiten Arbeitsgruppe für Englisch mit.

politpuzzle

Eine Weihnachtsgeschichte ohne tieferen Sinn



von
Alfred Jirovec

Glänzende Augen, ein leises Knistern, der heimelige Duft der Kindheit und ein in Vorfreude schier zerspringendes Herz – wie tausende andere kleine LehrerInnen hat mich der alljährliche Vorweihnachtstaumel praktisch aus dem Nichts ergriffen.

Schon habe ich zum erstenmal vergessen mein Adventkalenderkästchen aufzumachen, mitten in einer spannenden Santa-Claus-unit in der 2b ist mir ein Geschenk für jemanden eingefallen, für den ich gar kein Geschenk brauche, weil er mir sonst auch etwas schenken müsste, aber nicht weiß, wie teuer es sein darf, und ob ich es nicht auch im Vorjahr von einer gemeinsamen Kollegin geschenkt bekommen haben könnte, und der erste Benefizpunsch hat nach dem ersten unvergleichlichen Christkindlmarktsodbrennen den väterlichen Körper wieder praktisch unverändert verlassen.

Meine Frau Ministerin war dieses Jahr die erste edle Beschenkerin – wie angekündigt hat sie mir und allen anderen braven KollegInnen ein weiteres Päckchen geschenkt. Es waren so viele überraschende Kleinigkeiten drinnen – ein Stundenplan für die erste Schulwoche mit zwei Spalten mehr als bisher, ein Ferientreffen mit Nachprüflingen, neue

misch angeschaut.

„Ein paar Stunden mehr für meine Kinder, die sich ein bisserl härter tun“ hat eine angeblich draufgeschrieben, „Ein paar Kinder weniger in der Klasse“ eine andere. „Mehr Stunden für Bewegung, Kreativität und Miteinander“, „Ein paar Zetteln zum Ausfüllen und Verteilen weniger“,

schrieben habe, und weil sie mit mir in der stillsten Zeit im Jahr in Frieden leben wollen.

Die andere Möglichkeit ist nämlich einfach unglaublich:

Das Lieslkind hat unsere Briefe gar nicht beachtet und schenkt uns einfach das, was ihm gerade nichts kostet.

Das kann ich mir nicht vorstellen, aber irgendwie reagiert mein Unterbewusstes ganz komisch, wenn ich nur vom Lieslkind schreibe:

Schulpäckchen = Mogelpäckchen

Glänzende Augen, weil mir die Tränen aufsteigen, ein leises Knistern im Kamin, der als einziger mit dem papierenen Schulpäckchen etwas Wärmendes schafft, es riecht verdächtig nach einer Mogelpackung und mein Herz zerspringt nur deshalb nicht, weil ich die paar Monate bis zu den Nationalratswahlen auch noch durchdrücken werde.



Taferln für die Pädak und andere tolle Sachen – ich war richtig gerührt.

Ein bisserl komisch ist mir nur vorgekommen, dass keines von diesen ministeriell gelegten Überraschungseiern auf meinem Wunschzettel gestanden ist. Ich habe dann andere LehrerInnen gefragt, ob vielleicht ihr Brief an das Lieslkind mit meinem vertauscht worden wäre, aber die haben mich nur ganz ko-

„Kein schlechtes Gewissen haben müssen, wenn ich Exkursionen mache, auf Seminare gehe oder bei einem Projekt die ganze Zeit dabei sein will“, „Ein bisserl Zuhören, wenn ich von der Schule erzähle“ und solche Sachen haben sie angeblich draufgeschrieben. Sagen sie, aber ich kann's kaum glauben. Die sagen das nur, weil sie wissen, dass ich das alles auch in meinem Brief ans Lieslkind ge-

„Beteiligung macht Schule“ von Andreas Ehlers



Zur Person

Andreas Ehlers, Elternvertreter seit 1990, seither Vorsitzender bzw. Funktionär verschiedener Elternvereine, seit 1994 im Vorstand des Landesverbandes Wien der Elternvereine an den öffentlichen Pflichtschulen, seit Mai 2005 Vorsitzender des Verbandes

Motivation für die Kolumne

Schulpartnerschaft ist keine Schönwetter-

veranstaltung. Ein nicht allzu kleiner Teil der Konflikte scheint aber in den oft sehr unterschiedlichen Zugängen zur Zusammenarbeit begründet. Was für viele PädagogInnen „Neben aspekt“ des beruflichen Alltags ist, erfordert von ElternvertreterInnen enorme Kraftanstrengung, Weiterbildung, Freizeitverzicht und abendlichen Stress.

Gemeinsame Ziele können aber nur erreicht werden, wenn alle PartnerInnen ihren Standpunkt einbringen und auch berücksichtigt finden.

Beteiligung macht Schule



von Andreas Ehlers
Vorsitzender des
Landesverbandes Wien der Elternvereine

Offenheit schadet nicht

Demokratie lebt von Information und Beteiligung. Eltern und ElternvertreterInnen haben das Recht sich auf Klassen- bzw. Schulforum vorzubereiten und seitens der Schule über Inhalte der sie betreffenden Bestimmungen informiert zu werden. Mein Tipp: Fristen einhalten, getrennte Termine wählen, Einladungen detaillierte Tagesordnungen, Gesetzeszitate sowie Sachinformationen beifügen. Schon klar, die tatsächliche Beteiligung könnte besser sein, aber Wahlen werden ja auch nicht abgesagt, weil beim letzten Mal die Beteiligung nicht zufrieden stellend war.

Elternvereine sind keine Schulerhalter, sie organisieren auch keine Unterrichtsveranstaltungen. Wenn aber Elternvereine den Unterrichtsbetrieb fördern sollen, ist es - auch gegenüber der Stadt Wien - nur fair, die öffentliche Finanzierung – z.B. Warenkorb – offen zu legen.

Infotipps

Einschlägige Folder, Hilfe und Details zum Thema Elternverein: 01/407 18 99.

Kontakt: andreas.ehlers@blizz.at

IN EIGENER SACHE

Die *PERSPEKTIVE* will ihren Blickwinkel so facettenreich wie möglich gestalten. Deshalb ist die Redaktion sehr daran interessiert auch Ihre Meinung zu drucken. Wenn Sie Ihren politischen Gedanken, Anregungen und Denkanstößen in Form eines LeserInnenbriefs Ausdruck geben möchten, dann schicken Sie bitte einfach ein EMail an: perspektive.zv@gmx.at



von Andrea Masek

Vorsitzende des ZA der Personalvertretung
der Wiener Pflichtschullehrer

Sind Migrantenkinder automatisch benachteiligt?

„Nicht so sehr die ethnische Herkunft, sondern die soziale Schichtzugehörigkeit ist es, die Migrantenkinder im Schulsystem benachteiligt. Das verbindet sie mit Kindern aus sozial schwachen österreichischen Familien.“¹

¹ Lisa Nimmervoll in DER STANDARD vom 12./13.11. 2005 über eine bisher nicht veröffentlichte Studie der Uni Wien: „Bildungs(miss)erfolg von Jugendlichen der zweiten Migrantengeneration“)



Foto: www.br-online.de

"Benachteiligungen bleiben sogar dann auffällig, wenn es sich um Kinder aus so genannten sozial integrierten oder anpassungsbereiten Ausländerfamilien handelt", erklärt die Bildungsforscherin dieser Studie, die Soziologin Anne Unterwurzacher.

"Es müssen also andere Strukturen als vermeintliche kulturelle Defizite sein, die im österreichischen Schulsystem diskriminierend wirken - und zwar für Kinder aus sozial schwachen österreichischen und Migrantenhaushalten gleichermaßen."

Von Eltern, die Pflichtschulabschluss haben, besuchen 82,8% der Kinder die Hauptschule, bloß 12,3% die AHS. "Das hochselektive Schulsystem fördert die Probleme. Die Gesamt-

schule würde sie entschärfen", meint auch der für Integration zuständige BSI, Mag. Manfred Pinterits, in einem STANDARD-Interview derselben Ausgabe.

Massive Kürzung von Begleit- lehrerInnen

Noch eine griffige Prozentangabe: Seit dem Jahr 2000 wurde im Bildungsbereich (sprich im LehrerInnenbereich) massiv gekürzt, z.B. ist die Zahl der BegleitlehrerInnen für Kinder mit besonderen Bedürfnis-

sen um 40% (!) gesunken.

Gerfried Sperl in einem mehr als beachtenswerten Kommentar ("Paris als Warnung für Wien", im STANDARD der selben Ausgabe!): "Schon jetzt ist, ohne Analyse und Krisenstab, festzuhalten:

1. Die Zahl der Begleitlehrer in den Klassen mit hohem Ausländeranteil wurde von der schwarzen und sonst wie gefleckten Regierung massiv reduziert.

Zahl der Schulpsychologen viel zu gering

2. Es gibt viel zu wenige Schulpsychologen. Finnland hat zehnmal so viele wie Österreich..... An den Schulen werden

keine Unruhen ausbrechen. Aber die schweren Fehler in der Bildungspolitik hinterlassen tau-



Foto: www.bundesregierung.de

sende ausländischer und eingebürgerter Jugendlicher, die genau deshalb keine Jobs finden. Sie sind unterqualifiziert. Sie sind frustriert. Und können sich deshalb in eine lose Gruppierung nicht nur ungeduldiger, sondern auch gewaltbereiter junger Leute (vor allem Männer) verwandeln."

Das im letzten Absatz Zitierte wurde mir in vielen Gesprächen mit

Fortsetzung Seite 12

KollegInnen aus dem Mittelstufenbereich der Pflichtschulen (KMS, Polytechnische Schulen, alle Sonderpädagogischen Bereiche) bestätigt und um die Problematik "Sozial schwache einheimische Familien" ergänzt.

Würden die schwarzen oder sonst wie gefleckten Mitglieder der Bundesregierung mit PflichtschullehrerInnen reden, würden sie auch über das zunehmende Problem von "Schulverweigerern" erfahren (Anm: Die PV- und Gewerkschaftsverantwortlichen "FSG/ZV" haben MandatarInnen in Wien an die Schulen gebracht!).

In den Gesprächen mit deren Erziehungsverantwortlichen erfährt man, dass überdimensional viele von ihnen Arbeitslose oder sogar Langzeitarbeitslose sind. Auch sie oftmals unterqualifiziert. Aber auch sie haben (noch so arbeits- und anpassungswillig!) oftmals keine Chance (mehr). Auch sie bereits frustriert. Das bekommen Kinder und Jugendliche hautnah mit. Das ist sozialer Sprengstoff! Und niemand soll sich in falsch verstandener "Insel-der-Seligen"-Mentalität in der Sicherheit wiegen, in Österreich könne so etwas wie in französischen Großstadt-Vorstädten niemals passieren!

Häupl kündigt Initiative an

Anfang November haben die Landeshauptleute in einer Resolution vom Bund rund 700 zusätzliche IntegrationslehrerInnen für die Betreuung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache gefordert. In Wien wird von Seiten Personalvertretung und Gewerkschaft seit Jahren die Zahl 700 von dringend notwendigen Lehrerdienstposten allein für Wien (mit der besonderen Situation im Ballungszentrum wohl begründet) genannt. Faktum ist, dass allein in Wien 700 Dienstposten fehlen.

Nach vielen Monaten „Hickhack Bund-Land“ (eh schon wissen: Finanzlandesausgleich!) hat Landeshauptmann, Bürgermeister (und nomineller Stadtschulratspräsident!) Dr. Michael Häupl für Wien endlich eine Initiative in die richtige Richtung angekündigt. Konkrete Taten müssen unverzüglich folgen.

Denn die Zeit läuft (davon)!

„Lehrer leiden unter ihrem Image“

(„Die Presse“ veröffentlicht eine IMAS-Umfrage/ 14.11.2005)

„Die breite Masse, auch viele Eltern, glauben, wir tun nur in der Schule was, und das war's dann.“, so eine Salzburger Lehrerin.

Die Öffentlichkeit hat Spitzenerwartungen an Lehrer. Dazu komme, dass jeder einmal Schüler war, viele Eltern glauben daher, von Schule etwas zu verstehen, vielleicht sich sogar als der bessere Experte zu fühlen.

Jeder dritte Österreicher (Umfrage unter 1000 ÖsterreicherInnen zwischen 16 und 50) würde Lehrer zwar „besonders respektieren“ (mehr als etwa Journalisten oder Schauspieler), Handicap dabei, trotz der Schlüsselqualifikation fehle es „an der Faszination des Außergewöhnlichen im Beruf“ - anders als etwa bei Ärzten.

Die IMAS-Studie, die der „Presse“ vorliegt, zeigt: Das Image der Lehrer sei längst nicht so angekratzt, wie das LehrerInnen oft selbst meinen.

Beim „Vertrauens-Ranking“ liegen LehrerInnen 2005 an 7. Stelle (72%- im Vorjahr 70%).

An 1. – 6. Stelle: Feuerwehrleute (100%), Krankenschwestern (98%), Apotheker (96%), Piloten (95%), Ärzte (91%) und Landwirte (86%).

Am Ende: Journalisten (36%), Finanzberater (33%), Autoverkäufer (24%) und Politiker (12%).

Gundi Wentner (Unternehmensberatung Wentner-Hawranek, Expertin für Schulmanagement): „Das Problem beim Lehrerberuf ist, dass sich nur ein Teil im Klassenzimmer abspielt.. Aber auch Piloten arbeiten nicht nur im Cockpit und Schauspieler nicht nur auf der Bühne.“

Das alles kommt uns irgendwie bekannt vor ...

A. Masek

webtipp

www.apsfsg.at

Die Leiden des jungen Wolfgang S.

Der Schweigekanzler schweigt nicht mehr ...



von
Bernhard Thiel

In der ORF-Sendung Report vom 29. November 2005 rief Nationalratspräsident Dr. Andreas Kohl gleichsam zur vorweihnachtlichen Besinnung auf. Wohl in Richtung der Opposition appellierte er, ob der tragenden Rolle Österreichs in der europäischen Union im ersten Halbjahr 2006 von standespolitischen Querelen und Wortgefechten Abstand zu nehmen. Sinngemäß könnte man paraphrasieren, dass alltagspolitische Quengeleien, die nicht selten an einen frühkindlichen Habitus erinnern, zu Gunsten eines würdigen Erscheinungsbildes Österreichs innerhalb des europäischen Verbandes möglichst zu unterlassen seien.

Die Rolle des Wolfgang S., seines Zeichens (noch) Bundeskanzler unserer ehrwürdigen Republik,



Foto: www.oevp.at

ist beneidenswert wie gleichermaßen bemitleidenswert. An ihm liegt es nun, Österreich in staatstragender Manier in diesen Vorsitz zu führen. Seine Aufgabe wird es wohl aber auch sein zu beweisen, Einigkeit und Geschlossenheit auszustrahlen. Wer, wenn nicht er, wird unser aller Bewusstsein schärfen, auf Grund un-

serer künftigen Präsenz im europäischen Diskurs und daher in sämtlichen Medien unsere Vorbildwirkung Ernst zu nehmen.

Der junge EU-Präsident übt sich indes in staatsmännischer Manier. Erstmals ergibt sich für ihn die einmalige Gelegenheit, ganz groß herauszukommen. Fast täg-

lich stolpert man über Interviews, in denen er Österreich und die EU-Welt auf seine Vorhaben einstimmt. Der Schweigekanzler schweigt nicht mehr. Jetzt kann er endlich die Ungerechtigkeit der Sanktionen erneut aufzeigen, indem er dem Rest der EU ein salonfähiges Österreich vorführt. Nun ist es soweit, endlich kann er die Früchte seiner Entbehrenungen ernten, die ihm der raue Wind innerhalb und außerhalb der Regierungskoalition bzw. innenpolitische Differenzen bescherten. Wolfgang S. spielt nun endlich die tragende Rolle in Europa, die er sich schon immer gewünscht hat und die ihm sicherlich – so sein Kalkül – im nächsten Herbst nicht zum Nachteil gereicht.

Wie sonst kann man angesichts dieser großen Aufgabe Österreichs mit einem dahinvegetierenden, politisch nicht existenten Koalitionspartner, in diesen Vorsitz gehen? Nun muss es voller Ehrfurcht und über alle Couleurs hinweg heißen: Geh' du voran, Wolfgang! Oder nicht?



ist ins Zentrum gerückt!

Sekretariat und erste Sitzungen bereits in der Rauhensteingasse – ab nächsten Herbst geht's dann auch offiziell so richtig los.

von
Robert Ehrgang



Jetzt ist der Zentralverein der Wiener LehrerInnen also tatsächlich wieder ins Zentrum gerückt. Das Büro des ZV hat im Haus der Wiener Kinderfreunde in der Rauhensteingasse 5 (unmit-

telbar hinter dem Stephansdom) seine neue Heimat gefunden. Dies bietet ab sofort für alle Mitglieder eine wesentlich bessere Erreichbarkeit und signalisiert den politischen Willen zur gemeinsamen Arbeit von uns LehrerInnen, den Kinderfreunden und den Elternvertretern, die ihre Räumlichkeiten ebenfalls in der Rauhensteingasse haben.

Christine Zeller, unsere unermüdliche ZV-Sekretärin, hat in den vergangenen Wochen unsagbar viel geleistet, um die Übersiedelung von



Christine Zellers unermüdlicher Einsatz hat den reibungslosen Umzug möglich gemacht.



Die erste Leitungssitzung mit Blick auf den Stephansdom

der Ruckergasse in die Rauhensteingasse 5 zu planen und auszuführen. Danke, danke, danke, liebe Christine!!!

Natürlich gibt es noch viel zu tun. Das Sekretariat ist bereits fix im 4. Stock angesiedelt. Dort werden bis zum nächsten Schuljahr auch noch Räumlichkeiten ausgebaut, die es ermöglichen sollen, dass wir auch Arbeitstreffen und Sitzungen sowie kleinere und größere Veranstaltungen in unseren Räumlichkeiten abwickeln können. Derzeit muss etwa bei Vorstands- und Leitungssitzungen noch auf den Sitzungssaal der Kinderfreunde im 6.

Stock zurückgegriffen werden.

Bei der ersten Leitungssitzung, die am neuen ZV-Standort stattfand (17. November), waren jedenfalls alle Mitglieder höchst angetan von der Atmosphäre des Hauses in der Rauhensteingasse und von den Ausbaumöglichkeiten.

Die Bilder zeigen eine heitere, gelöste (vor allem vom Parkplatz-Herumkreisen in Meidling erlöste) Stimmung.

**ZENTRALVEREIN
und ZENTRUM –
das passt!**

Päd. Hochschule beschlossen

Mit den Stimmen der Regierungsparteien wurde das neue Gesetz um die pädagogischen Hochschulen beschlossen.

Das bedeutet weiterhin, dass Pflichtschullehrer an nichtuniversitären Einrichtungen ausgebildet werden. Und das bringt nicht nur finanzielle Nachteile für künftige Pflichtschullehrer. Sondern bietet weiterhin keine durchlässigen Studiengänge, um etwa auch ein Lehramt für die AHS erwerben zu können.

Das Gesetz wurde nach dem ersten Entwurf gründlich korrigiert und verbessert. Der Eindruck, dass alles erst in allerletzter Sekunde vom Bildungsministerium angegangen worden ist, bestätigt sich. Für die SPÖ ist dennoch dieses Gesetz völlig inakzeptabel. Der zu erwartende Einspruch durch den Bundesrat wird jedoch die Umsetzung nicht verhindern können.

Somit wird mit April 2006 der Hochschulrat feststehen, der aus 5 Mit-

gliedern betehen wird. Drei davon werden direkt von Ministerin Gehler ernannt werden. Die wichtigste Entscheidung des Hochschulrates ist die Ernennung des Rektors. Dieser hat umfangreiche Gestaltungsspielräume.

Interne Beobachter stellen ein relativ konstruktives Klima zwischen ÖVP und SPÖ fest, so dass es auch realistisch erscheint, dass die ÖVP nicht alle Rektoren im Alleingang bestimmen wird. Laut Gesetz wäre es aber in der jetzigen Regierungskonstellation jederzeit möglich, die gesamte Lehrerausbildung in praktisch allen wichtigen Positionen mit ÖVP zu besetzen. Übrigens: Die Besetzung durch Gehler im Frühjahr 2006 überdauert die kompette nächste Regierungsperiode. „Perfekt abgesicherte schwarze Standespolitik“, so ein Kommentar.

rm

Kleiner Erfolg: 300 Lehrer für ganz Österreich

Bundesministerin Elisabeth Gehler stellt zusätzliche 300 Dienstposten zur sprachlichen Förderung von Kindern, die die Unterrichtssprache

nicht verstehen, den Ländern bei erhöhtem Bedarf gegen Nachweis zur Verfügung. Dieses Angebot war auch der wichtigste Grund für die Zustimmung aller Parlamentsparteien zu dem Schulpaket 2 im Dezember 2005 im Parlament.

rm



Orientierung an den Ressourcen

Perspektivenwechsel in der Förderdiagnostik- Weg von der eindimensionalen Defizitorientierung!



von Mag. Isabel Amberg

und Interaktionen finden Beachtung. So ist es möglich Sinn und Bedeutungen der Handlungen eines Kindes zu erschließen und das Agieren und Verhalten zu verstehen.

Schwerpunkt dieser Betrachtungsweise bildet die Orientierung an Ressourcen. Damit ist nicht eine Abwendung oder das Negieren von Problemen gemeint. Vielmehr stellt sie eine pädagogische Haltung dar, die auf das Aufspüren und Aktivieren von Kraftquellen und Kompetenzen des Kindes und des sozialen Systems setzt. Diese Ressourcen werden im geplanten Förderprozess einerseits erweitert und andererseits konkret zur Erreichung von angestrebten Zielen und somit zur Optimierung von Lernbedingungen genutzt.

Förderkonzept wurde bereits entwickelt

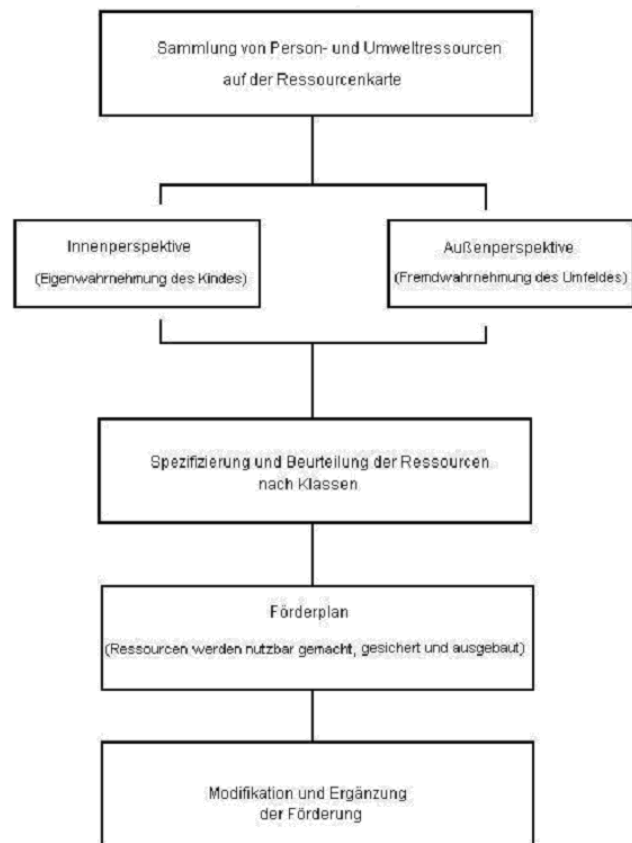
Unter der Leitung von SDn OSRn Brigitte Ziegler wurde am SPZ Leo-

pold-Ernst-Gasse in 1170 Wien ein Förderkonzept entwickelt, welches oben genannte Aspekte berücksichtigt.

Nähere Ausführungen, konkrete Beispiele und Literaturangaben finden sich in der kommenden

Frühjahrsausgabe des Integrationsjournals, herausgegeben vom Stadtschulrat für Wien.

Folgende Abbildung zeigt eine grobe Übersicht der Phasen des Förderprozesses:



Förderdiagnostik und Förderplanung gehören zum Aufgabenbereich aller Pädagoginnen und Pädagogen.

Diese komplexe Aufgabe geht in der Praxis vorwiegend von einer eindimensionalen, an den Schwächen des Kindes orientierten Betrachtungsweise aus.

Das Verhalten des Kindes verstehen

Im Zentrum der hier angesprochenen Perspektive steht jedoch die Auseinandersetzung des Kindes im Zusammenhang mit seiner Umwelt. Sowohl die Systeme in die das Kind eingebunden ist als auch die darin vorhandenen Strukturen, Zusammenhänge

GAUDEAMUS IGITUR II

Frust über das Bestehende anstatt Lust zur Veränderung

Bildungsdemo gegen Bildungsabbau am Ring in Wien.

Es ist ca. 11 Uhr am Vormittag. Erwartungsvoll suche ich die schon vorangeschrittene Masse an protestierenden StudentInnen, SchülerInnen und Lehrlingen, die endlich wieder für ihr Recht auf Bildung ein Zeichen setzen wollen. Endlich gefunden erwartet mich ein kleiner, aber dafür umso lauterer Zug SchülerInnen. StudentInnen sehe ich am Anfang keine, im Laufe des Marschierens entdecke ich die ÖH- und die VSSTÖ-Gruppen.

Ziemlich enttäuscht breche ich vor der Abschlusskundgebung aus der Gruppe aus und frage mich, wohin der aufreißerische, aufschreiende, kämpferische Charakter der StudentInnen verschwunden ist.

Podiumsdiskussion „Welklasse Unis“

Ein wenig Aufschluss gab mir eine Podiumsdiskussion des Stan-

dards am Dienstag den 22.11.2005 zum Thema „Weltklasse Unis“ im Wiener MuMoK.

Am Podium saßen Andrea Kuntzl, SPÖ Familiensprecherin und Nationalratsabgeordnete, Dr. Sabine Herlitschka, Vizerektorin der Medizin Uni Graz, Rosa Nentwich-Bouchal, ÖH-Vorsitzende der Grünen Alternativen StudentInnen und Gertrude Brinek, Wissenschaftssprecherin der ÖVP und Nationalratsabgeordnete.

Mitbestimmung von StudentInnen

Vordergründig sollten bei dieser Diskussion Finanzierungspläne der österreichischen Unis und ihr Weg zur Weltklasse diskutiert werden. Wie das aber bei solchen Diskussionen häufig der Fall ist, drehte sich auch diese eigentlich mehr um alle Uni Themen.

Meine Aufmerksamkeit erregte allerdings am meisten das Thema der Mitbestimmung von StudentInnen. Rosa Nentwich-Bouchal kriti-

sierte an der Uni Reform besonders den sukzessiven Abbau der Teilnahme der ÖH in entscheidungstragenden Universitäts-Kremien und das neue Wahlrecht für StudentInnen, das eine direkte Wahl der ÖH verhindert.

Gertrude Brinek erklärte dieses Mundtotmachen der österreichischen StudentInnen mit dem furchtbar fortschrittlichen Begriff der Internationalisierung. Die österreichischen Universitäten seien von dieser Regierung auf den Standard internationaler Universitäten gebracht worden und in den anderen Ländern haben StudentInnen genauso viele Partizipationsmöglichkeiten wie die Österreichischen. Auf die Frage der Moderatorin, was denn so unmöglich wäre, wenn StudentInnen in den Universitäten etwas zu sagen hätten, wick Brinek erneut nur mit einem Hinweis auf die Internationalisierung aus.

Eine interessante Frage wäre gewesen, was passiert, wenn alle anderen Länder die Prügelstrafe wieder einführen, macht die ÖVP das dann auch?

So nach dem Motto-wenn die anderen aus dem Fenster springen, folgen wir ihnen im Namen der Internationalisierung?

Es ist schon sehr traurig, dass die ÖVP für die Bildungsdelikte, die sie verbricht, nicht einmal ein vernünftiges Alibi hat.

Jedenfalls wurde mir klar, dass diese Regierung StudentInnen vermittelt, dass sie sowieso nichts zu sagen haben, dankbar sein sollen, dass die Studiengebühren nicht so hoch sind, wie in anderen Ländern (und wer weiß wie lange das noch ist, im Zuge der Internationalisierung), und jede/r Student/in selbst schauen soll, wie er/sie auf der Uni zurechtkommt.

Das Erschreckende daran ist aber, dass die meisten StudentInnen diese Einstellung übernehmen, anstatt sie zu bekämpfen.

- stegru -

Schon bekannt oder doch noch NEU?



von
HOBl Ing. Christian
Schütz

Pädagogischer Referent der
Abteilung APS

Gesetzliche Änderungen beim Frühwarnsystem und bei der Berufs(bildungs)orientierung

Berufs(bildungs)- orientierung SchUG § 13b (1):

Aufgrund der Tatsache, dass ich immer wieder bezüglich des gesetzlich verankerten Frühwarnsystems und der Berufsorientierung seitens der Erziehungsberechtigten sowie der Pädagogen/Pädagoginnen kontaktiert werde, möchte ich diesen Artikel zum Anlass nehmen, die Änderungen des Schulunterrichtsgesetzes vom 1. Jänner 2005, nochmals kurz zu erläutern:

Schüler/innen der 8. Klasse VS, der 4. Klasse HS, der 8. und 9. Klasse der ASO, der PTS sowie der 4. Klasse der AHS kann auf ihr Ansuchen die Erlaubnis erteilt werden, zum Zweck der individuellen Berufs(bildungs)orientierung an bis zu fünf Tagen dem Unterricht fern zu bleiben. Die Erlaubnis zum Fernbleiben ist vom Klassenvorstand nach

einer Interessenabwägung von schulischem Fortkommen und beruflicher bzw. berufsbildender Orientierung zu erteilen.

Frühwarnsystem SchUG§ 19 (3a, 4):

Wenn die Leistungen eines/einer Schülers/Schülerin auf Grund der bisher erbrachten Leistungen in einem Pflichtgegenstand zum Ende des 1. oder des 2. Semesters mit "Nicht genügend" zu beurteilen wären, oder wenn das Ver-

halten eines/einer Schülers/Schülerin auffällig ist, oder wenn der Schüler seine Pflichten gemäß SchUG§ 43 Abs. 1 in schwerwiegender Weise nicht erfüllt, oder wenn es die Erziehungssituation sonst erfordert, ist dies den Erziehungsberechtigten unverzüglich mitzuteilen und dem/der Schüler/in sowie den Erziehungsberechtigten vom Klassenvorstand oder vom/von der unterrichtenden Lehrer/in Gelegenheit zu einem beratenden Gespräch zu geben (Frühwarnsystem).

Dies bedeutet, dass im Anlassfall eine Frühwarnung bereits im ersten Semester eines Schuljahres stattfinden muss.

Aus den Bezirken ...

Der 2. IB hat treue Mitglieder!

Eine nette Idee hatte Sylvia Lendway. Sie suchte in mühevoller Kleinarbeit alle Mitglieder ihres IB, die länger als 25 Jahre dem Zentralverein Wiener LehrerInnen angehören, aus dem Archiv und lud sie zur Feierstunde in den Festsaal des Magistratischen Bezirksamts. Viele KollegInnen folgten der Einladung, bekamen von unserer ZV-Vorsitzenden BSI Regina Grubich-



Foto: Redaktion

Müller eine Ehrennadel plus Urkunde verliehen – danach folgte ein ausge-

dehnter, heiterer Plausch, umrahmt von einem köstlichen Buffet.

Bereits voll rechtskräftig

Diese schon vor längerer Zeit erfolgten Gesetzesänderungen sind ab dem Schuljahresbeginn 2005/06 im vollen Ausmaß rechtskräftig und sind daher seitens der Lehrer/innen seit September 2005 zu berücksichtigen.

Regierungsplan: Neues Dienstrecht für neue Beamte

Beamte und Vertragsbedienstete sollen gleich gestellt werden. Die Pragmatisierung soll fallen. Ein verstärkter Kündigungsschutz gilt nur mehr für bestimmte Gruppen wie Polizisten und Richter. Lehrer werden nicht zu dieser Gruppe gehören.

VP Staatssekretär Finz hat es abgelehnt, Sonderregelungen für irgendeine Berufsgruppe zuzulassen. Besonders die Richter haben ver-

langt, ihr Dienstrecht künftig auch für neue beizubehalten zu wollen.

Das Besoldungssystem soll flexibler werden: Mehr Geld für Jüngere, später geringere Steigerungen. Diese Steigerungen sollen nur mehr alle 5 Jahre (derzeit: alle 2 Jahre) erfolgen.

Das neue Gesetz soll ab Jänner 2007 gelten.

Quelle: Kurier
17.12.2005

mm

VICE VERSA
VICE VERSA



...von
Bernhard Thiel

Die Kolumne "Vice Versa" feiert nun ihr einjähriges Bestehen. Mancherorts als zynische Kritik, einem Lächerlich machen wichtiger pädagogischer Errungenschaften oder schlichtweg als destruktive Polemik aufgefasst, bietet diese Jubiläumsausgabe Anlass, einmal den doch ernstesten wissenschaftlichen Hintergrund herauszukehren. Diesen Background bildet die Transzendentalphilosophisch-Skeptische Pädagogik, von Wolfgang Fischer/Jörg Ruhloff in Deutschland zur Reife geführt und auch in Österreich von Alfred Schirlbauer salonfähig gemacht. Ver-

Kann die Pädagogik auf Skepsis verzichten?

einfach gesagt ist Ziel dieser Methode, pädagogische Setzungen bzw. Errungenschaften, die fast dogmatisch als das Non-Plus-Ultra oder als der richtige Weg angepriesen werden, auf ihre Rechtmäßigkeit im pädagogischen Alltag hin überprüft. Als Instrument dient in Anlehnung an Kant rein die Vernunft bzw. die Logik, die bereits in der Transzendentalphilosophisch-Prinzipienwissenschaftliche Pädagogik von Alfred Petzelt Eingang gefunden hat. Nahezu jede reformpädagogische Schrift bzw. fast jedes politische Programm bietet genügend Angriffspunkte. Oft liest man erst zwischen den Zeilen, welche unpädagogischen Tretminen in diversen Propagandaschriften verborgen sind, die sich bei genauerer Analyse als äußerst unpädagogisch, wenn nicht sogar menschenfeindlich entpuppen. Nicht selten stehen durchaus gut gemeinte pädagogische Vorhaben vielmehr im Dienste einer neoliberalen Bildungspolitik als im Dienste der Bildung des Kindes. Und dazu braucht es eben den pädagogischen Skeptiker, der die "andere Seite" von vermeintlichen pädagogischen Innovationen aufzeigt, auch wenn er zumeist den Eindruck des konservativen akademischen Hinterhofdenkers erwecken mag.

Denkerin des Monats

MARTHA C. NUSSBAUM



Martha C. Nussbaum lehrt derzeit an der Universität Chicago. Sie gilt als eine der bekanntesten und renommiertesten PhilosophInnen unserer Zeit. Charakteristisch für ihre Studien, zu denen neben Analysen zum Begriff der Empfindungen und der Gefühle auch Arbeiten zur feministischen und griechischen Philosophie gehören, ist vor allem die Verknüpfung von ethischen Problemstellungen mit literarischen Texten. Für PädagogInnen besonders interessant erscheint ihr Werk „Cultivating humanity“ (A classical De-

fense of Reform in Liberal Education. - Cambridge Mass.: Harvard University Press, 1997) in dem sich Martha C. Nussbaum die Frage stellt, wie höhere Bildung heutzutage eine Gemeinschaft von kritischen DenkerInnen und ForscherInnen hervorbringen kann, die nach wahrer Erkenntnis strebt und dabei die Grenzen von sozialer, geschlechtlicher und nationaler Herkunft überwindet. In der Beantwortung greift sie dabei sowohl auf Sokrates als auch auf die stoische Philosophie, insbesondere Seneca zurück. Dabei prägen drei Grundwerte Martha Nussbaums Verständnis von „liberal education“: die kritische Selbstreflexion, das Ideal

des WeltbürgerInnentums und die Entwicklung des narrativen Vorstellungsvermögens. Basierend auf Seneca's Ideal von einem Bürger, der der Tradition kritisch prüfend gegenüber steht und der das Vermögen zur Vernunft respektiert, wo immer es sich vorfindet (unter Arm und Reich, Mann und Frau, Einheimischen oder Fremden), verteidigt die Philosophin die unterschiedlichen Cross-Cultural-Studies (wie z.B. Minority- oder Genderstudies), die ihrer Meinung nach in der höheren Bildung einen fundamentalen und dynamischen Beitrag zur Erreichungen der von ihr angestrebten Werte leisten.

Ausgerutscht

An dieser Stelle werden regelmäßig besonders originelle Wortspenden wiederholt, um vor einer weiteren Nachahmung zu warnen.

Neo-ÖVP-Bildungssprecherin Cortolezis-Schlager unterstellt jedem vierten Lehrer, dass er nicht unterrichtet



Foto: www.teamconsult.at

„Wenn man sich den Zustand des Wiener Pflichtschulsystems ansieht hat man den Eindruck, als ob die Bildungspolitik dieser SP-Stadtregierung und die hiesige Schulverwaltung zu Zeiten der Postkutsche entstanden und dort auch stehen geblieben sind. Wenn wir aber wollen, dass unsere Kinder eine gute Ausbildung erhalten, muss sich das schleunigst ändern!“ Und dafür schlägt sie vor, den Stadtschulrat ersatzlos abzuschaffen und mit sofortiger Wir-

kung sämtliche Belange in Wiener Schulen direkt vom Bildungsministerium erledigen zu lassen.

Zu den LehrerInnen fällt Cortolezis-Schlager auf, dass ein Viertel davon nicht unterrichtet, „sondern in der Verwaltung oder in der städtischen Jugendfürsorge“ eingesetzt wird. Woher

sie jedoch diese völlig falschen Beobachtungen und gleichzeitig diffamierenden Schlussfolgerungen hat, führt sie nicht an.

„Politische Naivität“

Der SPÖ-Bildungssprecher Heinz Vettermann verteidigt die Lehrer und bringt Cortolezis-Schlagers' Aussagen auf den Punkt: „Politische Naivität“.

„Einen derartig peinlichen Einstand der Neopolitikerin, die seit dem Jahre 1983 durch viele Aufträge direkt aus dem Bildungsministerium u.a. ihre Firma Teamconsult aufgebaut hat, hat



sich wohl nicht einmal die ÖVP verdient.“, so eine erste Reaktion aus dem Zentralverein.

Unter www.teamconsult.at ist jederzeit nachlesbar (zumindest bis Anfang Dezember), dass die Neo-Stadträtin eine bedenkliche Doppelfunktion ausübt, als selbsternannte Bildungspolitikerin und als Unternehmensberaterin (mit großer Nähe zu u.a. ministeriellen Aufträgen) in der Firma teamconsult.

red

NEU
ERSCHIENEN



Druckfrisch: In jeder Buchhandlung erhältlich: ISBN: 3-900050-50-3

„Rainer Grubich als Herausgeber hat ein Standardwerk geschaffen: Mit vielen bekannten Pädagogen/innen aus dem deutschen Sprachraum. Einfach sehr wichtig!“ *rm*

Bei Bestellung im ZV zum Sonderpreis von 7 Euro inkl. Versand (Selbstabholung: 5 Euro)